



Uni-Misere: Jetzt reden die Bosse

Ein OGH-Urteil hat die miese Lage der Unis wieder ins Licht gerückt. Die Politik hofft nun auf

MÄZEN UND UNTERNEHMER Ohne Leistung kein Cash

Hannes Androsch, Ex-Finanzminister, fragt sich, warum die Wirtschaft in Unis investieren soll, wenn das Angebot nicht stimmt.



Die Unterstützung der Hochschulen wird zunächst bereits von steuerlicher Seite nachhaltig verhindert. Meine Stiftung hat jährlich einen mit 100.000 Euro dotierten Preis vergeben. Damit ist es vorerst vorbei, weil der Fiskus darin keine Gemeinnützigkeit mehr sieht.

Die eigentliche Ursache für den bescheidenen Beitrag privater Investoren ist systemimmanent. Die öffentliche Hand gibt für Nach- und Umschulungen von Lehrlingen fast genau so viel aus wie für Universitäten. Wir bräuchten ein Bildungssystem, das junge Menschen ab dem 3. Lebensjahr begleitet, mit adäquaten Kindergärten und ganztägigen Bildungsformen. Das Interesse für MINT-Fächer (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik, Anm.*) müsste im Vorschulalter geweckt und in den Schulen vorangetrieben werden, um es in den Hochschulen und der Spitzenforschung zu verankern.

Keine der heimischen Unis ist unter den Top-100 der Welt vertreten. Wie soll die Wirtschaft hier höhere Beiträge leisten, wenn die Unis nicht leistungsfähig sind? Ein Vorstandsvorsitzender wird Investments gegenüber Aktionären und Aufsichtsrat schwer begründen können, wenn das Angebot nicht stimmt. Dort, wo das Leistungsportfolio anspruchsvoll ist, wie zum Beispiel an der Montanuni in Leoben, sind auch private Geldgeber stärker vertreten. Von der Wirtschaft zu erwarten, aus einer rein philanthropischen Neigung heraus viel Geld in die Hand zu nehmen, ist ein bisschen viel verlangt.

Heiße Debatte um Uni-Budget

EIN OGH-URTEIL, das die Republik wegen fehlender Lehrveranstaltungsplätze an der Med-Uni Wien zu Schadenersatz verpflichtet, befeuert wieder einmal die Debatte um die Uni-Finanzierung. Die ÖVP fordert Zugangsbeschränkungen für alle Fächer, ÖH und SPÖ fordern mehr Geld.

PRIVATE INVESTMENTS könnten laut VP-Wirtschaftsminister Töchterle ein Teil der Lösung sein. Die Unis sollten sich um höhere Einnahmen aus Sponsoring und Auftragsforschungsverträgen kümmern. In anderen Ländern ginge das auch. FORMAT hat Entscheidungsträger, Mäzene und Töchterle selbst um ihre Meinung gebeten.

GENERALDIREKTOR Klare Erwartungshaltung

Gerhard Roiss, OMV-Chef, hat Kooperationen mit Hochschulen geschlossen, erwartet dafür aber auch Gegenleistungen.



Hochwertige Bildung ist die Basis für den Wohlstand von morgen. Universitäten sind eine wesentliche Voraussetzung, um Wohlstand zu sichern. Weil die öffentliche Hand immer weniger in der Lage ist, die volle Last zu tragen, hängt der Erfolg der nächsten Generationen stärker von verantwortungsbewussten Unternehmen ab, die auch soziale Verantwortung übernehmen. In der OMV ist das eine seit Jahren gelebte Praxis, etwa in Form gemeinsamer Forschungsprojekte mit in- und ausländischen Universitäten.

Es ist uns bewusst, dass wir die Zusammenarbeit auf eine möglichst breite Basis stellen müssen. Neben der Montanuniversität Leoben haben wir unser Engagement kürzlich auch auf die Wirtschaftsuniversität Wien ausgedehnt. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit findet ein regelmäßiger Austausch beider Partner über den aktuellen Stand der Forschung statt und es wird ein Institut für „Social Entrepreneurship, Sustainability and Performance Management“ inklusive Stiftungslehrstuhl etabliert. Darüber hinaus sponsert die OMV auch das Bibliothekszentrum.

Natürlich erwarten wir uns auch etwas: Neue Ansätze, um die Herausforderungen der Energiewende zu managen und den Erfolg von Nachhaltigkeit zu messen. Wer sich, wie wir, konkret etwas von den Universitäten erwartet, muss ihnen auch Spielraum für Forschung bieten. Unsere Unterstützung soll einen wesentlichen Teil dazu beitragen.



Wirtschaft und Mäzene als Big Spender. FORMAT hat bei ihnen nachgefragt, woran es hakt.

MÄZEN UND POLITIKER

Unternehmen Hochschule

Frank Stronach, Parteichef, wünscht sich mehr Public-Private-Partnerships als Finanzierungsinstrument für die Unis.



Mit der Gründung des Frank Stronach Instituts auf der Technischen Universität Graz wurde ein Vorzeigemodell eines Public-Private-Partnership-Modells geschaffen und ich hoffe, es wird in Zukunft mehrere solcher Modelle in Österreich geben. Universitäten könnten mit privaten Investoren zusammenarbeiten und gemeinsam Forschungsfirmen gründen. Die Universitäten würden Forscher und Studenten einbringen und die privaten Investoren würden Geräte und notwendige finanzielle Mittel für die Forschungsarbeit zur Verfügung stellen. Die Zusammenarbeit könnte in Form eines Joint Ventures stattfinden, an dem die Universität 20 Prozent hält und die privaten Investoren 80 Prozent. Die privaten Investoren könnten das Forschungsfeld definieren, um den erwünschten und für sie wertvollen Output zu generieren. Etwaige Lizenzgebühren aus Forschungsergebnissen sollen dann im Verhältnis der Beteiligung, also 20:80, an die privaten Investoren ausgeschüttet werden.

Ich bin überzeugt, dass diese Art der Zusammenarbeit eine Win-Win-Situation bringen würde: Die Universitäten hätten zusätzliche Mittel zur Verfügung und könnten Partner aus der Privatwirtschaft gewinnen. Die privaten Investoren könnten Spezialforschung in für sie wichtigen Schwerpunkten erreichen und Studenten für ihr Unternehmen interessieren. Und – das Wichtigste – die Studenten würden bestmöglich praktisch ausgebildet, mit einer guten Aussicht auf einen Arbeitsplatz.

110

MILLIONEN EURO jährlich investieren Unternehmen in heimische Universitäten, das sind knapp vier Prozent des Uni-Budgets.

15

MILLIONEN EURO wurden von Privaten im Jahr 2009 als reine Spende an öffentliche Hochschulen überwiesen. Der überwiegende Rest der Investments ging in die Auftragsforschung für Unternehmen.

2,9

MILLIARDEN Euro betrug 2010 das universitäre Gesamtbudget aus Steuermitteln. Weitere rund 500.000 Euro wurden aus Drittmitteln lukriert – darunter vor allem EU- und Fonds-gebundene Förderungen – die wiederum mit Steuergeld finanziert werden.

POLITIKER

Unis sind wie Fußballklubs

Karlheinz Töchterle, Wissenschaftsminister, will das Bewusstsein für den Wert von Wissenschaft und Forschung schärfen.



Bei der Finanzierung gibt es kein „Entweder oder“ – sondern ein „Sowohl als auch“. Unsere Universitäten müssen durch die öffentliche Hand entsprechend finanziert werden – dazu sollten aber möglichst viel

private Mittel als Ergänzung kommen. Der österreichische Staat investiert bezogen auf das BIP mehr Geld in die Unis als beispielsweise Deutschland, Frankreich oder die Niederlande; im Vergleich zu Großbritannien sogar mehr als doppelt so viel. Aus der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ lässt sich ablesen, dass Österreich bei den öffentlichen Ausgaben für tertiäre Bildung mit 1,4 Prozent des BIP über dem EU- und OECD-Durchschnitt (1,2 bzw. 1,1 Prozent) liegt.

Der Anteil privater Mittel liegt in Österreich hingegen bei nur 0,05 Prozent und damit deutlich unter dem EU- und OECD-Durchschnitt (0,3 bzw. 0,5 Prozent). Der Ruf nach mehr Geld vom Staat greift also eindeutig zu kurz: Wir müssen vor allem private Mittel erheblich steigern, dazu zählen unter anderem Studienbeiträge und Spenden von Mäzenern oder Unternehmen. Daher setzen wir gezielte Anreize: Beispielsweise wird ein Teil der Gelder aus dem neu geschaffenen Hochschulraum-Strukturfonds für das Einwerben von privaten Mitteln vergeben. Konkret: Die Unis bekommen für jeden Euro an Spendengeldern, den sie akquirieren, zusätzliche Mittel. Wir müssen auch das Bewusstsein für Wissenschaft und Forschung stärken. Warum soll es attraktiver sein, in einen Fußballklub zu investieren, anstatt eine Universität zu unterstützen?